

Schlesische Arbeiterzeitung

Donnerstag, 18. Mai 1932

Vertüchteter Kampf um die Einheitsfront!

Die Genossen der kommunistischen Parteien Deutschlands haben ihr seit einem Jahr währendes Übergang zum mindesten über völlige Befreiung zu einer einflussreichen Gruppe bezeugt. Die Schlußperiode der Sozialdemokratischen Partei über den Vertrieben, stehenden Saboteur der SPD, wurden unterbreitet durch die um Welt und Bestand sich grupplierenden Anhänger der fortwährend kommunistischen Weltanschauung, die sie angeblich „antifaschistische Seite“ der SPD, vertreiben und sich der großen „revolutionären“ Partei der USPD, angeschlossen. Inzwischen ist die USPD, in eine verlorene Vindiktiererin, die in den Presseorganen und auf den Versammlungen der USPD, in lebhaften Auseinandersetzungen gefehert hat. Die angeblich erstellte SPD, hat dagegen Erfolg über Erfolg zu sehen. Ihr Einfluss ist überall unter den arbeitenden Massen festgelegt und die Zahl ihrer Anhänger bei Betriebs- und Gewerkschaftsmassen hat nicht unbedeutend zugenommen.

Die letzte Sitzung des Zentralausschusses der SPD, am 4. und 16. Mai in Berlin stand im Zeichen dieser Erfolge. Es sollten alle inneren Parteifragen in den Debatten, darüber schäftigten sich die Diskussionen um so eifriger mit den Aufgaben, die die SPD, politisch und organisatorisch zu bewältigen hat. Selbst die Frage der Taktik der Einheitsfront, die in manchen ausländischen Vorkommnissen noch theoretisch diskutiert wurde, fand grundsätzlich nicht mehr zur Debatte. Die deutsche Partei braucht gar nicht erst zu fragen, ob diese Taktik kommunistisch und erfolgreich ist oder nicht; denn die deutsche Partei hat gerade dank der Anwendung dieser Taktik die Erfolge zu verzeichnen, von denen oben gesprochen worden ist. Jede Taktik kann natürlich auch falsch angewendet werden, und es ist selbstverständlich, daß einzelne Organisationen zuweilen von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht haben. Der Zentralausschuß hat festgestellt, daß diese einzelnen Einheitsfronten ausgesprochen übermäßig, um diese Taktik zu verwerfen und aufzugeben, sondern um sie auf Grund der bisherigen Erfahrungen um so geduldiger und konsequenter anzuwenden. Der Zentralausschuß stellt sich deshalb auch für seine Pflicht, die ausländischen Vorkommnisse, insbesondere die italienische und die französische Partei, kritisch zu prüfen, die in ihnen Parteien etwa noch bestehenden Bedenken aufzugeben, um so das einheitliche Vorgehen aller Sektionen der kommunistischen Internationale nicht nur aus Sichtpunkt, sondern auf Grund innerer, in der Praxis erprobter Überzeugung herzustellen.

Offenbar in Erinnerung an Venus Bedenken, daß die Beschlüsse der Berliner Konferenz zu teuer bezahlt seien, wollten die Genossen statt der Billigung der Gesamthaltung der Delegation auf der Berliner Konferenz nur die Billigung der allgemeinen Linie des Verhaltens der Delegation aussprechen. Der Zentralausschuß stellte sich indessen mit 42 Stimmen ausdrücklich vollkommene hinter die kommunistische Delegation. Die Resolution über die Taktik der Einheitsfront und die Forderung des Arbeiter-Weltkongresses wurde in der Endabstimmung mit allen Stimmen bei drei Stimmenthaltungen angenommen. Dabei muß betont werden, daß bisher in Deutschland gegen die Forderung der Delegation auf der Berliner Konferenz überhaupt nicht Einwendungen erhoben worden sind, auch nicht in den Organisationen, die von drei Genossen vertreten wurden.

Für die deutsche Partei ist die Taktik der Einheitsfront keine leere Formel, sondern hat längst Fleisch und Blut angenommen. Auch die Forderung des Arbeiter-Weltkongresses ist für die deutsche Partei keine rein organisatorische Forderung. Die deutsche Partei ringt vielmehr auf Schritt und Tritt gegen die übrigen Arbeiterorganisationen, um das Bewußtsein und den Willen der nichtkommunistischen Arbeiter. Die SPD, ruft alle Arbeiter zum Kampfe auf gegen die Steuererhöhung, gegen die Reparationsnote der Entente weiter zu erhöhenden Steuern, gegen die Offensive des Kapitals gegen den Achtstundentag. Die Notwendigkeit dieses Kampfes sehen alle Arbeiter ein, und sie brücken deshalb auf ihre eigenen Organisationen, sich mit den Kommunisten über ein gemeinsames Vorgehen zu verabreden. Auch vermochte die SPD, infolge einer geschickten Verleumdung der Kommunisten sich vor dem Zusammengehen mit den Kommunisten und vor dem Kampfe gegen das Unternehmertum und gegen die Koalitionsregierung zu brücken. Die USPD, dagegen,

die auch noch vor kurzem jeden gemeinsamen Kampf mit den Kommunisten weit von sich wies, hat in diesen Tagen unter dem Druck der Stimmung in ihren eigenen Mitgliedschaften, bereits die Fühlung mit der SPD aufnehmen müssen. Die Forderung der Einheitsfront des Arbeiter-Weltkongresses (sind) liegt in manchen SPD-Organisationen ebenfalls festgestellte Zustimmung.

Wie wenig die Taktik der Einheitsfront auf die Kampfbereitschaft unserer Partei gegenüber der SPD und der USPD, hinaussetzt, zeigt die Situation in Sachsen. Hier hat die kommunistische Partei seit längerer Zeit eine sozialistisch-unabhängige Regierung unterstützt. Der zunehmende Wille der breiten Massen, den Kampf gegen das Übergewicht zur Abwehr der immer größer werdenden Verelendung der arbeitenden Bevölkerung auszunutzen, ermöglichte es unserer Partei, sich dieser sozialistischen Regierung Bedingungen zu stellen, die eine Bekämpfung des Kampfes zwischen Bürgerkrieg und Arbeiterkampf zur Folge haben. Wenn die sozialistische Regierung in Sachsen die Annahme, die Entmilitarisierung der Schusswaffen, die Abschaffung der „Rechtlichen Notfälle“ und die Unterbrechung aller Gewerkschaften vor die Gewerkschaften und Betriebsräte ablehnt, — dann wird unsere Forderung die sozialistische Regierung zu Fall bringen, die Auflösung des Landtags erzwingen und den Wahlkampf unter der Forderung der proletarischen Einheitsfront im Kampfe gegen das Bürgerkrieg und für eine Arbeiterregierung führen. Der Zentralausschuß hat dieser Politik der schließlichen Koalition ausdrücklich zugestimmt und festgelegt. Diese der Gesamtpartei zugehört.

Bei der Erörterung der politischen Situation beschäftigte sich der Zentralausschuß auch mit dem deutsch-russischen Abkommen von Rapallo. Der Widerstand des SPD, und der USPD, Führer gegen diesen Vertrag hat zur Ursache die Furcht vor einer Stärkung der Kommunisten, vor einer Annäherung an den proletarischen Staat Sowjetrußland und vor einem Abwenden von der rein kapitalistischen Orientierung. Der Zentralausschuß hat in einer Resolution festgestellt, daß auch die deutsche Regierung aus ähnlichen Bedenken heraus nicht geneigt sein wird, das deutsch-russische Abkommen ablehnen zu lassen. Der Zentralausschuß fordert deshalb, daß die deutsche Koalitionsregierung nicht doch in irgendeiner Form die Politik der „friedlichen“ Blockade gegen Sowjetrußland wieder aufnimmt. Der Zentralausschuß sprach zugleich seine Absicht dahin aus, daß ein im Interesse der arbeitenden Bevölkerung Deutschlands wie Rußlands gelegenes Abkommen nur von einer deutschen Arbeiterregierung loyal durchgeführt werden darf.

Das beste Mittel für die Gewerkschaften, um in der Arbeiterschaft politisch und organisatorisch Fuß zu fassen, ist die Arbeit in den Betrieben und Gewerkschaften. Der Zentralausschuß hat daher seine früheren Beschlüsse wiederholt, wonach es Pflicht jedes Kommunisten ist, in den gewerkschaftlichen Organisationen zu arbeiten. Die Partei wendet sich entschieden gegen jede Spaltung und Abspaltungsbewegung aus den Gewerkschaften. Für den Austritt und für Abspaltung sind die Gewerkschaftsbürokraten verantwortlich, die sich infolge ihrer unternehmerfreundlichen Politik mit allen Mitteln gegen jede Revolutionierung der Gewerkschaften zu wehren versuchen. Aber auch auf diesem Gebiet verzeichnet unsere Partei infolge ihrer zähen Arbeit immer neue Erfolge. Trotz des Ausschusses der räuberischen Kommunisten steigt der kommunistische Einfluß in den Gewerkschaften.

Die ganzen Beratungen des Zentralausschusses waren beherrscht von dem politischen Gedanken der Herstellung der Einheitsfront im Kampfe gegen die Bourgeoisie und von der Einsicht, daß die politischen Erfolge der SPD, gefestigt und verstärkt werden müssen durch eine angespannte, ausgedehnte organisatorische Arbeit. Der Zentralausschuß räumte daher der Forderung der organisatorischen Aufgaben der Partei einen besonderen Punkt der Tagesordnung ein. Er sprach das Prinzip aus, daß jedem Arbeiter, der zur Partei kommen will, das Vorrecht stehen muß, um jede Bewässerung der Partei, die sie bisher mit Erfolg im Kampfe gegen die Welt-Gruppe abgewehrt hat, auch in Zukunft unmöglich zu machen, was die Partei fortgesetzt die intensifste Schulungsarbeit unter den alten und neuen Mitgliedern betreiben.

Der lachende Dritte.

Der Dritte, der lachend über die Verhandlungen zwischen den großen und den kleinen Entente, die Sieger, die Besiegten und die Neutralen, welche einen Monat lang über den Wiederaufbau Europas beraten haben, haben nichts anderes erreicht, als die Einsetzung einer Kommission, die im Juni im Haag zusammentritt soll. Gelingen wir uns mit welchen hochstrabenden Worten die bürgerlichen Politiker der ganzen Welt und ihr Volk, die Sozialdemokraten, Genue das allbeibringende gebracht haben, erinnern wir uns vor allem; das nicht das ganze Werk, sondern die bittere Not es war, welche die Lloyd George, Marshall, Briegly usw. nach Genue zusammentrieb — dann erst werden wir ermaßen können, wie schwerwiegend der Mißerfolg ist, welche schicksalsherebe Folgen welches Unheil es für die kapitalistische Welt zu sich zieht.

Die gewandte bürgerliche Journalistik gibt sich natürlich alle Mühe, die wahre Kapazitätsbestimmung nicht merken zu lassen. Sogar die deutsche Presse, welche doch am wenigsten Anlaß haben mußte, Genue zu beschönigen, behauptet, daß ihre Klassenvernunft oberhand über den nationalen Gefühlen hat, und so wagt sie es nicht klipp und klar zu sagen, was das geschickte Genue bedeutet: Tabak, Anwesen der Weltreise, Hindrängen zu einer Lösung, die in der kapitalistischen Welt — wie das Gremel und Genue selbst zeigt — eben nicht anders als eine Lösung mit Feuer und Schwert sein kann.

So ist die Stimmung um Genue herum gebildet. Man mag wohl, daß Deutschland stiefmütterlich behandelt wird, daß die Reparationsfrage nicht zur Sprache kam — worauf manche Marxer noch hoffen — daß neuerdings Deutschland von der Haager Kommission ausgeschlossen wird. Aber die Hauptsache, daß nämlich die Weltwirtschaft weiter geteilt bleibt in zwei Gebiete: das eine mit Überproduktion, das andere mit Arbeitslosigkeit, davon wird nicht viel Wesens gemacht.

Dafür mußte man Berichte über die englisch-französischen Gegensätze. Dem anderen gegenüber das Wort Imperialismus zu gebrauchen, ist ja eine helle Freude. Schließlich, mit Rußland haben wir einen Vertrag geschlossen, was kann dies schaden, wenn es nicht geradezu nützen kann, um die vaterländische Industrie auch den russischen Arbeitern nahezubringen durch eine kleine Stimmsicherung? Das alles dem guten Bürger zum Troste, um die faule Luft nicht merken zu lassen.

In den Ententeländern ist es nicht viel besser. Weber Lloyd George noch Poincaré werden besonders gut schlafen können, wenn sie die Schwierigkeiten in Betracht ziehen, die nach Genue mehr als vor Genue im Inneren des eigenen Landes bevorstehen.

Aber es gibt noch einen lachenden Dritten. Es ist nicht Sowjetrußland.

Sowjetrußland ist nach Genue mit keinen Illusionen gegangen. Und von allen, die hinkamen, sind die Sowjets die einzigen, die etwas erreicht haben. Nicht nur den Abschluß von Handelsverträgen, sondern eine kolossale Propagandatätigkeit gegen das kapitalistische System. Aber sie haben nur einen geringen Teil von dem gefordert, was sie hätten leisten können, wenn sie die volle Unterstützung des internationalen Proletariats gehabt hätten. Diese letzte und so sind sie nicht der lachende Dritte.

Der lachende Dritte ist Amerika. Die Vereinigten Staaten sind von dem „Ergebnis“ der Konferenz befriedigt. Das können wir sehr gut verstehen. Das Prinzip der amerikanischen Politik lautet ja: „Zerfleischt euch in Europa, ich sehe zu und greife nur dann ein, wenn ich mir dadurch alle abhängig machen kann.“

Die imperialistischen Gegensätze sind nicht etwa einfach mechanisch anzufassen. Es gilt nicht hier Frankreich, hier England, hier Amerika, hier Japan; sind ja diese Länder auf den verschiedenen Wirtschaftszonen verschiedenartig miteinander verflochten. Wenn Amerika kein Interesse daran hat, Frankreich allzustark werden zu lassen, und deswegen die Frankreich-feindliche Politik Englands unterstützen mußte, so steht sie in hundert der wichtigsten Angelegenheiten Balkan und Ostasien im höchsten Interesse zu England.

Schon deswegen müssen sich die amerikanischen Willkür und ihre Beauftragten freuen, wenn sich ihre Gegner und Freunde in Europa gegenseitig anfeinden. Sie sind nicht desto mehr kräftig zu dem Tag, wo der Kampf zwischen den imperialistischen Mächten — ja, wenn es nur um die Welt geht —

Amerika lehnt die Einladung ab.

Es ist eine offizielle Mitteilung Amerikas hier eingetroffen, in der Amerika erklärt, es sei ihm nicht möglich, auf Grund der im 11. Mai von den Russen erteilten Antwort sich an der Sachverständigen-Konferenz im Haag zu beteiligen. Es folgt dann eine sehr lange Auseinandersetzung über die Gründe, die es den Vereinigten Staaten nicht möglich machen, an den Haager Verhandlungen teilzunehmen. Außerdem habe Amerika an der Konferenz von Genue nicht teilgenommen, und da die Haager Konferenz eine Fortsetzung der Genue sei, so sei es Amerika nicht möglich, sich an den Verhandlungen im Haag zu beteiligen. Amerika sei aber bereit, eine Studentenkommission nach Rußland zu schicken, und sei ferner dazu bereit, in eine Diskussion über die russische Frage einzutreten.

Die Kriegsgefahr in Osteuropa.

In Sofia haben sich Ereignisse abgepielt, die zeigen, wie weit die Vorbereitungen der russischen Gegenrevolutionäre auf dem Balkan gediehen sind. Die bulgarische Polizei hatte fest, daß die russischen monarchistischen Offiziere, die sich als Flüchtlinge in Bulgarien aufhalten, einen regelrechten Lager bilden. Die Brangruppen halten Verbindungen angeschlossen mit den reaktionären monarchistischen Parteien des Landes. Die Offiziere sind durch einen bewaffneten Handstreich der gegenwärtigen bulgarischen Regierung der Provinz Chirwan in Bulgarien abgeführt worden. Die in Bulgarien verbliebenen Gegenrevolutionäre sind jetzt in der Lage, die bulgarische Regierung zu bedrohen.

tiger Weise gegen die Arbeiter vor, aber sie ist auch der Bourgeoisie nicht erwünscht, und sie unterstützt die Brangruppen. Abenteuerpläne nicht so, wie die russischen Gegenrevolutionäre es wünschen. Deshalb wollte man sie bekämpfen und eine neue bulgarische Regierung sollte an der Bekämpfung Sowjetrußlands aktiven Anteil nehmen. Zahlreiche Agenten Brangruppen sind in Bulgarien von den Behörden verhaftet worden. Der letzte Teil stellt die bulgarische Presse die Truppenbewegungen in Rumänien fest. Die Mobilmachung in Polen ist ebenfalls eingeleitet.

Einem erheblichen Schritt durch die Verhandlung machen freilich den politischen Brandstiftern Osteuropas die letzten Vorgänge in Ungarn. Die Regierung des ungarischen Reiches hat die antibolschewistische Politik der Außenminister Hoffe verworfen. Wie man weiß, hatte die finnische Regierung ein Abkommen mit der polnischen abgeschlossen, was Frankreich seinen Segen erteilte. In Ungarn setzte aber eine Opposition gegen die bulgarische Intervention ein, in der sich die reaktionären Parteien, die schwedische Partei und die gewerkschaftlichen Brangruppen, zusammenschlossen. Die Mobilmachung der bulgarischen Truppen in Ungarn durch das Parlament wurde auch auf die Regierung von Estland und Lettland abgedacht werden. Genue hat über diese Vorgänge in Polen und Ungarn eine ernste mittel- und weiteuropäische Proletariats in der Welt einen energischen Druck auf die kapitalistischen Gegenkräfte zu verhängen, daß die polnischen und ungarischen Gegenrevolutionäre von einem derartigen Handstreich abgehalten werden. Denn nur die bulgarische Intervention ist ein Schritt, der die bulgarische Regierung zu bedrohen kann.

Die nächsten politischen Aufgaben der KPD.

(Resolutionen des Zentralausschusses.)

I. Zur Frage des Einheitsfronts und des Weltarbeiterkongresses.

Der Zentralausschuss der KPD. fordert eine Zustimmung und den Beschluss der erweiterten Exekutive über die proletarische Einheitsfront und die Durchführung der Revolutionären Einheitsfront als des besten Weges zur Eroberung der Macht.

Der Zweck, alle Arbeiter, Angestellten und Beamten, ohne Rücksicht auf ihre politische und gewerkschaftliche Organisationszugehörigkeit als Klasse zusammenzufassen — national und international — wird durch die Frage der proletarischen Einheitsfront bedingt. Das Weltproletariat muss die Kampfkräfte der Arbeiterklasse zu vereinen. Er erfolgt dies durch die Einheitsfront, die die Arbeiterklasse der Welt in der internationalen Arbeiterbewegung vereint. Die Einheitsfront ist die bewährte und konsequente Methode der proletarischen Einheitsfront zum Zweck der proletarischen Einheitsfront. Der Zentralausschuss der KPD. fordert die Überzeugung aus, dass ihre darauf abzielenden Bestrebungen mit Energie durchgeführt werden müssen, und zwar von allen der kommunistischen Internationale angehörenden Parteien, insbesondere auch von unseren Bruderparteien in Italien und Frankreich, in denen noch Bedenken gegen die Taktik der Einheitsfront bestehen.

Die kommunistische Internationale hat zuerst von allen organisierten Kräften des Weltproletariats das Gebot der Stunde verstanden. Im Jahre 1921 richtete die KPD. in ihrem „Offenen Brief“ an alle Arbeiterparteien und Gewerkschaften die Aufforderung zu gemeinsamer Aktion, eine Aufforderung, die jedoch von der Sozialdemokratie, der Unabhängigen Sozialdemokratie und den Gewerkschaften nicht abgelehnt worden ist. Der dritte Kongress der kommunistischen Internationale hat im Sommer 1921 den Schritt der KPD. gutgeheißen und ihn den anderen kommunistischen Parteien als Beispiel der Taktik empfohlen, den Zusammenhang mit den proletarischen Massen zu gewinnen. Die kommunistischen Parteien zu erfüllen und für den revolutionären Klassenkampf zu mobilisieren. Die einheitliche Zusammenfassung der proletarischen Streitkräfte zum Weltkampf gegen die Weltbourgeoisie ist die Aufgabe des Einheitsfrontes für die Arbeiterklasse, für die die Arbeiterklasse, für die die Arbeiterklasse.

Die sozialdemokratischen Parteien wissen genau, daß der Kampf um die Einheitsfront ein Kampf der kommunistischen Parteien auf ihre Existenz bedeutet, sondern umgekehrt, das einzige Weg zum Kampfe der Massen um diese Einheitsfront. Deshalb hat die 2. Internationale und die Unabhängigen Gewerkschaften internationale rassistische Organisationen der Einheitsfront, die ausgedehnten ist die Gewerkschaft der 2. Internationale, wobei die Idee der Einheitsfront in Deutschland. Die Sozialdemokratie, die stärkste Partei der 2. Internationale, ist hier Regierungspartei. Als Partei der Koalition mit dem Bürgerkrieg trägt sie die Verantwortung für die Ausbeutung der Arbeitermassen durch die rassistische kapitalistische Steuerpolitik. Immer mehr werden sich die aktiven Teile der Arbeiterklasse von ihr ab. Die deutsche Sozialdemokratie, die das Signal zum Zusammenbruch der alten Internationale gegeben hat, wird jetzt das größte Hindernis, gegen die Ausrichtung der proletarischen Einheitsfront, die, wenn notwendig, sie zwingen würde, die proletarische Einheitsfront mit der Bourgeoisie zu brechen. Denn die Einheitsfront des Proletariats ausgerichtet werden soll, so ist es absolut notwendig, die noch hinter der Sozialdemokratie stehenden Massen davon zu überzeugen, daß ihre Führer die dringendsten Lebensinteressen des Proletariats preisgeben, indem sie den einheitlichen Zusammenstoß zum Kampf verhindern.

Die KPD. hat die im Jahre 1921 proklamierte Taktik der Ablehnung der Einheitsfront aufgegeben. Sie findet sich in der letzten Zeit wiederholt bereit, mit der kommunistischen Arbeiterklasse zusammenzuweichen. Der Zentralausschuss macht es den Führern der KPD. zur Pflicht, die unabhängigen Arbeiter darüber aufzuklären, daß ihre Führer sich zu Versagen der Gewerkschaften der Einheitsfront machen, wenn sie sich mit den rassistischen, ausgedehnten sozialdemokratischen Parteien verbünden, die in dem Kampf gegen die Sozialdemokratie Engländer stehen. Sozialdemokratie ist der einzige proletarische Staat, den die erste Seite der Weltrevolutionen zurückgelassen hat. Es ist die Ursache im internationalen Weltkampf, es bildet die größte Gefahr der Arbeiterklasse für den proletarischen revolutionären Kampf. Nachdem es Sozialdemokratie gelungen ist, die kommunistischen Kräfte des Weltproletariats zu zerschlagen, heißt es jetzt im internationalen Kampf um die Einheitsfront gegen den Weltkrieg, daß es allen Seiten unüberwindlichen Hindernissen. Folge der langjährigen Entfaltung der Weltrevolution ist die Sozialdemokratie, die Weltrevolutionäre zurückgelassen zu machen. Deshalb ist sie gezwungen, in jeder Hinsicht jeden Versuch zurückzuweisen, politische Übergangsstufen zu gewinnen für den Klassenkampf und für die Bourgeoisie, die sich zu organisieren beginnt. Die Sozialdemokratie muß wissen, daß der revolutionäre Kampf gegen die Partei der Sozialdemokratie führen. Die offen den revolutionären Kampf gegen sie propagieren, für noch stärker die Revolutionäre bekämpfen, die in der proletarischen Weltrevolution ihren Platz einnehmen, um die Arbeiter in die revolutionären Massen der Welt zu bringen und die revolutionären Arbeiter zu vereinen, von ihren revolutionären Führern zu befreien. Dabei hat die Partei der Sozialdemokratie den revolutionären Kampf gegen die Sozialdemokratie, die den revolutionären Arbeiter massen, daß die Einheitsfront des Proletariats zum Kampf

gegen die Bourgeoisie nicht aufzugeben, sondern den Kampf um die Einheitsfront zu führen, die Bourgeoisie zu zerschlagen, die Arbeiterklasse zu vereinen, die Arbeiterklasse zu vereinen, die Arbeiterklasse zu vereinen.

Der Zweck, alle Arbeiter, Angestellten und Beamten, ohne Rücksicht auf ihre politische und gewerkschaftliche Organisationszugehörigkeit als Klasse zusammenzufassen — national und international — wird durch die Frage der proletarischen Einheitsfront bedingt. Das Weltproletariat muss die Kampfkräfte der Arbeiterklasse zu vereinen. Er erfolgt dies durch die Einheitsfront, die die Arbeiterklasse der Welt in der internationalen Arbeiterbewegung vereint. Die Einheitsfront ist die bewährte und konsequente Methode der proletarischen Einheitsfront zum Zweck der proletarischen Einheitsfront zum Zweck der proletarischen Einheitsfront.

Die wichtigste Aufgabe der KPD. in dieser Situation ist es, mit äußerster Energie darauf hinzuwirken, daß das Proletariat der Welt sich rasch und einheitsfrontlich zusammenzufassen zur Aktion sich rüstet und zwingen gegen alle Unterdrücker durchsetzt. Es gilt, zu diesem Zweck alle, jede und planmäßig organisierte Arbeit zu leisten, Dringend erforderlich ist eine systematische Agitation und Propaganda für die proletarische Einheitsfront des Weltproletariats und die Vorbereitung der proletarischen Einheitsfront. Die Vorbereitung der proletarischen Einheitsfront und die Vorbereitung der proletarischen Einheitsfront, die Vorbereitung der proletarischen Einheitsfront, die Vorbereitung der proletarischen Einheitsfront, die Vorbereitung der proletarischen Einheitsfront.

Der Zentralausschuss fordert die Parteiorganisationen und alle kommunistischen Gewerkschafts- und Betriebsräteorganisationen an, unermüdet in jeder Gewerkschaft und in jeder Fabrik die Vorbereitung zum Weltarbeiterkongress zur Sprache zu bringen, um den Arbeitern klar zu machen, daß es an ihnen liegt, alle Hindernisse für den Zusammenritt des Weltarbeiterkongresses in kürzester Frist aus dem Wege zu räumen. Die planmäßig organisierte und durchgeführte Arbeit der KPD. muß eine feste und organisierte Verbindung des Willens breiter Massen zur Einheitsfront und Einheitsaktion schaffen.

Diese Arbeit darf sich nicht darauf beschränken, die Hindernisse wegzuräumen, die auf dem Wege zum Weltarbeiterkongress liegen. Der Weltarbeiterkongress wird nur sozial Kraft besitzen, praktische Arbeit zu leisten, als Wille zum Kampf in proletarischer Einheitsfront in den Arbeitermassen eines jeden Landes sich betätigen wird. Es gilt, überall die Einheitsfront für den Kampf gegen die wachsende Lenening und die wachsende Steuerlast zu bilden. Es gilt, bis in das kleinste Dorf das Bewußtsein zu tragen, daß im Kampfe gegen ihre Verelendung die Arbeiter ohne Unterschied der Organisationen und Richtung zusammenstehen müssen. Gelängt es der KPD., diese Einheitsfront in den Arbeitermassen zu stärken, so werden die sozialdemokratischen Führer gezwungen sein, zu wählen zwischen ihrer Koalition mit der Bourgeoisie, die dem Proletariat erhebliche Lasten auferlegt, und der Einheitsfront mit den anderen Arbeiterparteien zum Kampfe gegen diese Lasten. Dieser Kampf muß sich zum Kampfe für die Arbeiterregierung erweitern, die allein imstande sein wird, die Lasten dem Proletariat abzunehmen und sie der Bourgeoisie aufzuerlegen. Die Arbeit für Einheitsfront und Einheitsaktion fordert von allen Organisationsgruppen angepasste, ununterbrochene, agitatorische und organisatorische Aufmerksamkeit. Die Arbeit muß von der Erkenntnis getragen sein, daß die Einheitsfront nicht durch Vereinbarungen der Führer geschaffen werden kann, sondern sich bilden wird im täglichen Kampfe der Massen um ihre Lebensnotwendigkeiten.

II. Die wichtigsten Etappenziele.

1. Die Lenening der KPD. hat sich in den letzten Monaten immer mehr und rascher vorwärts gewandt. Die Inlandspreise nähern sich rasch den Weltmarktpreisen an und haben diese sogar bereits überhöht. Schreitet die Entwertung in dieser Richtung fort, so droht der deutsche Arbeiter das gleiche Schicksal wie der Arbeiter in den anderen Ländern, d. h. Konsumverfall auf dem Weltmarkt, trotz erheblicher niedriger Löhne. Der deutsche Arbeiter muß in diesem Falle neue Arbeitslosigkeit.

2. Die Taktik der Partei muß daher in erster Linie gerichtet sein auf:

1. die Fortführung und Vertiefung des Kampfes gegen die Steuer- und Währungsfrage dieses Kampfes steht nach wie vor die Befreiung der Geldarbeit;
2. den Kampf gegen die Lenening. Im Mittelpunkt dieses Kampfes gegen die Lenening steht die planmäßige Bewirtschaftung der Arbeiterklasse von der Erzeugung bis zur Verteilung an die Konsumenten und der Preisregelung, unter weitestgehender Mithilfe und Kontrolle der Gewerkschaften, der Bauern- und Handwerkerorganisationen der Arbeiter, Angestellten und Kleinrentner;
3. auf die Beschäftigung und Erwerbsicherung der Lohnarbeiter.

3. Um diese Schritte durchzuführen, muß die Partei mehr als bisher das Schwergewicht ihrer Tätigkeit in die Betriebe und Gewerkschaften verlagern. Die bereits vorhandenen Erfolge müssen auf weitere Schritte angedeutet und systematisch befestigt werden.

Der Kampf um die Beschäftigung und Erwerbsicherung der Arbeiter ist besonders wichtig zu verstehen. Neben den allgemeinen Fragen der Lenening, der Steuer- und Währungsfrage, die die Arbeiter in den Betrieben und Gewerkschaften für die wichtigsten Forderungen der proletarischen Jugend.

Die Einheitsfront der proletarischen Arbeitermassen in der Weltrevolutionäre und der Bewegung muß erlangen durch energiegelbes Streben der Partei und besonders ihrer Funktionen in den Betrieben und Gewerkschaften für die wichtigsten Forderungen der proletarischen Jugend.

Der Kampf um die Beschäftigung und Erwerbsicherung der Arbeiter ist besonders wichtig zu verstehen. Neben den allgemeinen Fragen der Lenening, der Steuer- und Währungsfrage, die die Arbeiter in den Betrieben und Gewerkschaften für die wichtigsten Forderungen der proletarischen Jugend.

Die wichtigste Aufgabe der KPD. in dieser Situation ist es, mit äußerster Energie darauf hinzuwirken, daß das Proletariat der Welt sich rasch und einheitsfrontlich zusammenzufassen zur Aktion sich rüstet und zwingen gegen alle Unterdrücker durchsetzt. Es gilt, zu diesem Zweck alle, jede und planmäßig organisierte Arbeit zu leisten, Dringend erforderlich ist eine systematische Agitation und Propaganda für die proletarische Einheitsfront des Weltproletariats und die Vorbereitung der proletarischen Einheitsfront. Die Vorbereitung der proletarischen Einheitsfront und die Vorbereitung der proletarischen Einheitsfront, die Vorbereitung der proletarischen Einheitsfront, die Vorbereitung der proletarischen Einheitsfront.

5. Der Kampf in der Beschäftigung der Arbeitermassen der Arbeiterklasse nach innen wie nach außen, die Abwehr gegen die Abwertung der Lasten des Krieges und des Wiederaufbaus auf die werktätigen Massen müssen in der gegenwärtigen Situation nach wie vor einmünden in den Kampf für die Durchführung einer Arbeiterregierung im Wege wie in den Ländern.

6. Die Kämpfe um die nächsten Etappenziele erfordern in ihrer Durchführung unbedingt die systematische Stärkung der Organisation, sowohl zahlenmäßig, als auch durch ihre inhaltliche Durchdringung mit den Grundfragen des Kommunismus. Nur unter dieser Voraussetzung kann der jetzige Kampf um Etappenziele die Vorbereitungen schaffen für den Übergang zum Kampf, um die Bewältigung des Zieles und Grundfrage des Kommunismus an der Spitze der Mehrheit der Arbeiterklasse. Es gilt, mit derjenigen, die im Verlaufe dieser Etappenkämpfe sich der KPD. nähern und zu ihr fassen, feste kommunistische Kämpfer zu machen. Die Erweiterung, Befestigung und kommunis-tische Schulung des Raders der Partei ist die Grundaufgabe der gegenwärtigen Kämpfe, die in keinem Augenblick aus dem Auge gelassen werden darf.

Die Resolution wurde einstimmig bei drei Stimmenthalten angenommen. Ein Änderungsantrag wurde mit 48 gegen 3 Stimmen abgelehnt.

Zur Lage in Sachsen.

Der Zentralausschuss stellt fest, daß die sozialistische Regierung in Sachsen, welche eine Rolle in den Händen des Proletariats gegenüber der Bourgeoisie sein sollte, immer mehr in Widerspruch zu den Interessen des Proletariats geraten ist. Die sächsische Regierung hat die bei ihrer Bildung gegenüber der Arbeiterklasse übernommen Verpflichtungen nicht erfüllt. Das Bestreben der sächsischen Regierung, es mit dem Bürgerkrieg nicht zu verderben, trieb sie dazu, die dringendsten proletarischen Interessen im Stich zu lassen, wodurch das Bürgerium ermutigt und gefährdet worden ist.

Das Ziel des Bürgerkriegs ist die Befreiung der sozialistischen Regierung, um zunächst an ihre Stelle wie in Preußen auch in Sachsen die Einheitsfront anzurufen. In diesem Bestreben findet das Bürgerium Bundesgenossen in einem Teil der SPD-Führerschaft. Der Zentralausschuss brandmarkt diese arbeitereindlichen Bestrebungen der SPD-Führer vor dem gesamten Proletariat Deutschlands aufs heftigste und fordert die sächsischen Genossen auf, mit aller Kraft dagegen anzukämpfen. Es gilt, mit der größten Energie das sächsische Proletariat zu mobilisieren, um die sächsischen Regierungsparteien und die Regierung zu veranlassen, an Stelle der bisherigen zweideutigen Politik eine eindeutige Politik im Interesse des Proletariats zu fassen.

Die KPD. hat den deutschlandweiten Antrag auf Auflösung des sächsischen Landtages abgelehnt. Sie hat jedoch mit dieser Ablehnung der Regierung kein Vertrauensvotum gegeben, sondern im Gegenteil ihr weiteres Bestehen gegenüber dieser Regierung von der Durchführung vier konkreter elementarer Forderungen der arbeitenden Massen, die die Partei formuliert hat, abhängig gemacht. Die KPD. hat sich gegenüber den beiden sozialdemokratischen Parteien und ihrer Regierung vollständig politische Bewegungsfreiheit vorbehalten, nachdem die sozialistischen Parteien eine von der KPD. vorgeschlagene gemeinschaftliche Auflösung des Landtages zur Mobilisierung der proletarischen Massen gegen die frechen Herausforderungen der Bourgeoisie abgelehnt haben.

Eine Ablehnung der im sächsischen Landtag am 11. Mai der Regierung vorgelegten Forderungen durch die sozialistischen Parteien würde die KPD., der Regierung die Unterstützung zu entziehen und die Verantwortung für die Auflösung des Landtages vor der Arbeiterklasse auf sich zu nehmen. Die KPD. wird die Arbeiterklasse anrufen, den Kampf für eine Arbeiterregierung anzuführen, welche energisch und rücksichtslos für die Arbeiterforderungen gegen die Bourgeoisie und ihre Koalitionsregierung kämpft.

Der Zentralausschuss billigt das Bestreben der sächsischen Genossen und beschließt die Gesamtpartei, die sächsischen Genossen in ihrem Kampf mit aller Kraft zu unterstützen.

Über einen Eintritt von Kommunisten in eine sozialistische Landesregierung und die dabei zu stellenden Bedingungen entscheidet der Parteivorstand der Partei.

Die Resolution ist gegen eine Stimme angenommen worden.

Die Kommunisten sammeln die werktätigen und ausgebeuteten Massen im Kampfe fürs tägliche Brot zum Kampfe gegen das kapitalistische System. Nicht für die einheitsfrontliche Kampffront, beibehalten den Arbeiter-Weltkongress!

Die Mutter.

Ein Roman von Regis Geril

Uebersetzt von Adolf Deh

14.

Gegen Mittag sah sie im Gefängnisbureau vor Pawel, betrauerte durch den Anblick der ihren Augen kein hässliches Gesicht und wartete auf eine Gelegenheit, ihm den Brief zu übergeben, den sie seit zwoölfen den Fingern hielt.

„Ich selbst bin wohl und alle anderen ebenfalls!“ sagte er leise. „Nun, wie geht's dir?“

„Ganz gut! Jegor Swamowitsch ist tot!“ sagte sie leise. „Ja?“ rief Pawel und senkte leise den Kopf.

„Beim Begräbnis hat die Polizei dringehaun und einen verhaftet!“ rief sie freudig fort. Der Gefängnisdirektor Schmalpe empfand mit dem dunklen Äußeren, sprang von seinem Stuhl auf und brüllte:

„Das gehört nicht hierher. Es ist verboten, über Politik zu sprechen!“

Die Mutter erhob sich ebenfalls und wartete in ungeduldriger Ton, als hätte sie ihn nicht verstanden:

„Ich spreche nicht von Politik, sondern von einer Schlägerpartei, haben sie, das ist wahr... haben sogar einen den Kopf zertrümmert...“

„Ganz recht! Ich bitte Sie, zu schweigen! Das heißt, alles zu schweigen, was Sie persönlich nicht angeht... Ihre Familie und überhaupt Ihre Gesundheit.“

Er sah, daß er mit seiner Rede nicht zureichende Wirkung machte, er schnitt die Papiere und sagte geduldig und milde hinzu:

„Ich frage Sie Verantwortung, ja...“

Die Mutter hatte sich um, hob schnell den Brief in Pawels Hand und senkte erleutert.

„Man weiß gar nicht, worüber man reden soll...“

Der mit dem Arbeiterweltkongress.

Die Delegierten des Arbeiterweltkongresses in Berlin.

Das erste Treffen des Kongresses fand am 12. März im Hotel „Europa“ in Berlin statt. Die Delegierten aus aller Welt versammelten sich in großer Zahl.

Die am 12. März versammelten Kollegen des Arbeiterweltkongresses forderten den sofortigen Zusammentritt der aus drei internationalen gewählten Kommissionsmitgliedern bestehenden Arbeiterweltkongresse, um die auf der Berliner Konferenz gemeinsam gefassten Beschlüsse in die Tat umzusetzen.

Die am 14. März versammelten Kollegen der Weltkongresse verlangten den Zusammentritt der Kommissionsmitglieder und die schnellste Einberufung des Arbeiterweltkongresses, um dem einheitlichen Vorgehen des internationalen Kapitals entgegenzutreten.

Die Reichsbannerholzarbeiter fordern den Weltkongress. In der Mitgliederversammlung des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Bahnhalle Reichsbanner, nahmen die Kollegen folgende Resolution an:

Die Kollegen des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Bahnhalle Reichsbanner, sind sich der dringenden Notlage bewußt und haben das Bedürfnis, daß ein Ausweg aus dieser Lage geschaffen werden muß, um nicht im Elend zu verkommen.

Die am 12. März versammelten Kollegen des Arbeiterweltkongresses forderten den sofortigen Zusammentritt der aus drei internationalen gewählten Kommissionsmitgliedern bestehenden Arbeiterweltkongresse, um die auf der Berliner Konferenz gemeinsam gefassten Beschlüsse in die Tat umzusetzen.

Die am 14. März versammelten Kollegen der Weltkongresse verlangten den Zusammentritt der Kommissionsmitglieder und die schnellste Einberufung des Arbeiterweltkongresses, um dem einheitlichen Vorgehen des internationalen Kapitals entgegenzutreten.

Die Reichsbannerholzarbeiter fordern den Weltkongress. In der Mitgliederversammlung des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Bahnhalle Reichsbanner, nahmen die Kollegen folgende Resolution an:

Die Kollegen des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Bahnhalle Reichsbanner, sind sich der dringenden Notlage bewußt und haben das Bedürfnis, daß ein Ausweg aus dieser Lage geschaffen werden muß, um nicht im Elend zu verkommen.

Die am 12. März versammelten Kollegen des Arbeiterweltkongresses forderten den sofortigen Zusammentritt der aus drei internationalen gewählten Kommissionsmitgliedern bestehenden Arbeiterweltkongresse, um die auf der Berliner Konferenz gemeinsam gefassten Beschlüsse in die Tat umzusetzen.

Die am 14. März versammelten Kollegen der Weltkongresse verlangten den Zusammentritt der Kommissionsmitglieder und die schnellste Einberufung des Arbeiterweltkongresses, um dem einheitlichen Vorgehen des internationalen Kapitals entgegenzutreten.

Die Reichsbannerholzarbeiter fordern den Weltkongress. In der Mitgliederversammlung des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Bahnhalle Reichsbanner, nahmen die Kollegen folgende Resolution an:

Die Kollegen des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Bahnhalle Reichsbanner, sind sich der dringenden Notlage bewußt und haben das Bedürfnis, daß ein Ausweg aus dieser Lage geschaffen werden muß, um nicht im Elend zu verkommen.

Die Delegierten des Arbeiterweltkongresses in Berlin. Das erste Treffen des Kongresses fand am 12. März im Hotel „Europa“ in Berlin statt.

Die am 12. März versammelten Kollegen des Arbeiterweltkongresses forderten den sofortigen Zusammentritt der aus drei internationalen gewählten Kommissionsmitgliedern bestehenden Arbeiterweltkongresse, um die auf der Berliner Konferenz gemeinsam gefassten Beschlüsse in die Tat umzusetzen.

Die am 14. März versammelten Kollegen der Weltkongresse verlangten den Zusammentritt der Kommissionsmitglieder und die schnellste Einberufung des Arbeiterweltkongresses, um dem einheitlichen Vorgehen des internationalen Kapitals entgegenzutreten.

Die Reichsbannerholzarbeiter fordern den Weltkongress. In der Mitgliederversammlung des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Bahnhalle Reichsbanner, nahmen die Kollegen folgende Resolution an:

Die Kollegen des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Bahnhalle Reichsbanner, sind sich der dringenden Notlage bewußt und haben das Bedürfnis, daß ein Ausweg aus dieser Lage geschaffen werden muß, um nicht im Elend zu verkommen.

Die am 12. März versammelten Kollegen des Arbeiterweltkongresses forderten den sofortigen Zusammentritt der aus drei internationalen gewählten Kommissionsmitgliedern bestehenden Arbeiterweltkongresse, um die auf der Berliner Konferenz gemeinsam gefassten Beschlüsse in die Tat umzusetzen.

Die am 14. März versammelten Kollegen der Weltkongresse verlangten den Zusammentritt der Kommissionsmitglieder und die schnellste Einberufung des Arbeiterweltkongresses, um dem einheitlichen Vorgehen des internationalen Kapitals entgegenzutreten.

Die Reichsbannerholzarbeiter fordern den Weltkongress. In der Mitgliederversammlung des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Bahnhalle Reichsbanner, nahmen die Kollegen folgende Resolution an:

Die Kollegen des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Bahnhalle Reichsbanner, sind sich der dringenden Notlage bewußt und haben das Bedürfnis, daß ein Ausweg aus dieser Lage geschaffen werden muß, um nicht im Elend zu verkommen.

Die am 12. März versammelten Kollegen des Arbeiterweltkongresses forderten den sofortigen Zusammentritt der aus drei internationalen gewählten Kommissionsmitgliedern bestehenden Arbeiterweltkongresse, um die auf der Berliner Konferenz gemeinsam gefassten Beschlüsse in die Tat umzusetzen.

Die am 14. März versammelten Kollegen der Weltkongresse verlangten den Zusammentritt der Kommissionsmitglieder und die schnellste Einberufung des Arbeiterweltkongresses, um dem einheitlichen Vorgehen des internationalen Kapitals entgegenzutreten.

Die Reichsbannerholzarbeiter fordern den Weltkongress. In der Mitgliederversammlung des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Bahnhalle Reichsbanner, nahmen die Kollegen folgende Resolution an:

Die Kollegen des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Bahnhalle Reichsbanner, sind sich der dringenden Notlage bewußt und haben das Bedürfnis, daß ein Ausweg aus dieser Lage geschaffen werden muß, um nicht im Elend zu verkommen.

Die am 12. März versammelten Kollegen des Arbeiterweltkongresses forderten den sofortigen Zusammentritt der aus drei internationalen gewählten Kommissionsmitgliedern bestehenden Arbeiterweltkongresse, um die auf der Berliner Konferenz gemeinsam gefassten Beschlüsse in die Tat umzusetzen.

Die am 14. März versammelten Kollegen der Weltkongresse verlangten den Zusammentritt der Kommissionsmitglieder und die schnellste Einberufung des Arbeiterweltkongresses, um dem einheitlichen Vorgehen des internationalen Kapitals entgegenzutreten.

Die Reichsbannerholzarbeiter fordern den Weltkongress. In der Mitgliederversammlung des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Bahnhalle Reichsbanner, nahmen die Kollegen folgende Resolution an:

Die Kollegen des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Bahnhalle Reichsbanner, sind sich der dringenden Notlage bewußt und haben das Bedürfnis, daß ein Ausweg aus dieser Lage geschaffen werden muß, um nicht im Elend zu verkommen.

Die am 12. März versammelten Kollegen des Arbeiterweltkongresses forderten den sofortigen Zusammentritt der aus drei internationalen gewählten Kommissionsmitgliedern bestehenden Arbeiterweltkongresse, um die auf der Berliner Konferenz gemeinsam gefassten Beschlüsse in die Tat umzusetzen.

Die am 14. März versammelten Kollegen der Weltkongresse verlangten den Zusammentritt der Kommissionsmitglieder und die schnellste Einberufung des Arbeiterweltkongresses, um dem einheitlichen Vorgehen des internationalen Kapitals entgegenzutreten.

Die Reichsbannerholzarbeiter fordern den Weltkongress. In der Mitgliederversammlung des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Bahnhalle Reichsbanner, nahmen die Kollegen folgende Resolution an:

Die Kollegen des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Bahnhalle Reichsbanner, sind sich der dringenden Notlage bewußt und haben das Bedürfnis, daß ein Ausweg aus dieser Lage geschaffen werden muß, um nicht im Elend zu verkommen.

Die Mutter.

Ein Roman von Regis Geril

Uebersetzt von Adolf Deh

14.

Gegen Mittag sah sie im Gefängnisbureau vor Pawel, betrauerte durch den Anblick der ihren Augen kein hässliches Gesicht und wartete auf eine Gelegenheit, ihm den Brief zu übergeben, den sie seit zwoölfen den Fingern hielt.

„Ich selbst bin wohl und alle anderen ebenfalls!“ sagte er leise. „Nun, wie geht's dir?“

„Ganz gut! Jegor Swamowitsch ist tot!“ sagte sie leise. „Ja?“ rief Pawel und senkte leise den Kopf.

„Beim Begräbnis hat die Polizei dringehaun und einen verhaftet!“ rief sie freudig fort. Der Gefängnisdirektor Schmalpe empfand mit dem dunklen Äußeren, sprang von seinem Stuhl auf und brüllte:

„Das gehört nicht hierher. Es ist verboten, über Politik zu sprechen!“

Die Mutter erhob sich ebenfalls und wartete in ungeduldriger Ton, als hätte sie ihn nicht verstanden:

„Ich spreche nicht von Politik, sondern von einer Schlägerpartei, haben sie, das ist wahr... haben sogar einen den Kopf zertrümmert...“

„Ich weiß es auch nicht...“

„Dann sind die Besuche ja überflüssig!“ bemerkte der Beamte erregt. „Zu reden haben Sie nichts, aber dabei kommen Sie hierher gelaufen und hören die Leute...“

„Findet die Gerichtsverhandlung bald statt?“ fragte die Mutter nach kurzem Schweigen.

„Reinlich war der Staatsanwalt da, der sagte, es wäre bald soweit...“

Sie wechselten unbedeutende, überflüssige Worte: doch die Mutter sah, wie Pawels Augen ihr milde und freundlich ins Gesicht blickten. Er war gleichmäßig und ruhig wie immer, hatte sich nicht verändert, nur der Bart war stark gewachsen und machte ihn älter.

„Ich habe beim Patentamt gesehen.“

Pawel blinnte ihr unterwürdig, rann fragend in die Augen. Um ihn an das podennarbtige Gesicht Messowitsch zu erinnern, rülpfte er mit dem Finger gegen die Wand.

„Es geht ihm gut, der Junge ist munter und gesund, bekommt bald eine Stelle... Meist du wohl, er hat sich um schwere Arbeit gebeten?“

wenn die Mutter selbst nicht von ihm sprach, begnügte sie sich damit, gespannt in ihr Gesicht zu blicken. Aber jetzt trat sie ihr mit der unruhigen Frage entgegen:

„Nun, wie geht es ihm?“

„Ganz gut, fühlt sich wohl.“

„Haben Sie den Brief abgegeben?“

„Natürlich!“

„Hat er ihn gelesen?“

„Wo denn? Wie wäre das möglich!“

„Ach, ich habe nicht daran gedacht!“ sagte das Mädchen langsam. „Wir wollen noch eine Woche warten...“

